



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

55. Sitzung (öffentlicher Teil) ^{*)}

1. April 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, den Punkt "Privatisierung des Landesbetriebs Materialprüfungsamt NRW" von der Tagesordnung abzusetzen. 1

1 Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung (Elektronik-Anpassungsgesetz) 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4986
Zuschrift 13/3805

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Gesetzentwurfs.

^{*)} Nichtöffentlicher Teil siehe APr 13/1186

**2 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Ver-
sorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-
Westfalen - VKZVKG -** 3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4611

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf
anzunehmen. Als Berichterstatter wird Klaus Stallmann (CDU) be-
nannt.

**3 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land
Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz - LPVG-)** 3

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
und der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5182

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die
Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende -
Ausschuss dem - federführenden - Rechtsausschuss, den Gesetzent-
wurf abzulehnen.

**4 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für die
Zulassung, Überwachung sowie Verfolgung und Ahndung von Ord-
nungswidrigkeiten bei Vorhaben nach § 20 in Verbindung mit Anlage 1
Nr. 19.3 bis 19.9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
- UVPG - sowie für den Vollzug der Verordnung über Rohrfernleitungs-
anlagen - Rohrfernleitungsverordnung - und zur Änderung der zweiten
Verordnung über die Bestimmung besonderer Vollzugsbehörden** 4

Vorlage 13/2735

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Vorord-
nungsentwurf - Vorlage 13/2735 - befasst und wurde damit ordnungs-
gemäß gehört.

5 Mit unseren polizeilichen Profis mehr Straftaten bekämpfen und aufklären 4

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4317 (Neudruck)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung.

6 Nachhaltige Vorsorge für Beamtenpensionen ohne politische Zugriffsmöglichkeit 9

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5035

Der Ausschuss stellt die Beratung des Antrages zurück.

7 Betrug mit Debit-Karten 10

Vorlage 13/2733

Der Ausschuss stellt Fragen zum Bericht des Innenministers und lässt sich diese durch einen Vertreter des Innenministeriums beantworten.

Ausschuss für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
55. Sitzung (öffentlicher Teil)

01.04.2004

rt-beh

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4611
Zuschrift 13/3614

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, die mitberatenden Ausschüsse hätten den Gesetzentwurf unverändert und einstimmig angenommen.

Einstimmig empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Als Berichterstatter wird Klaus Stallmann (CDU) benannt.

3 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz - LPVG-)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
und der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5182

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, der Gesetzentwurf sei vom Landtag in seiner Sitzung am 25. März 2004 an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Horst Engel (FDP) bittet um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf der Oppositionsfraktionen.

Bernhard von Grünberg (SPD) merkt an, er habe bereits im Plenum deutlich gemacht, warum seine Fraktion dem Gesetzentwurf nicht zustimmen könne. An dieser Auffassung habe sich nichts geändert.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) erwähnt, auch ihre Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen, da die vorgeschlagene Lösung für ihre Fraktion nicht tragbar sei.

Theo Kruse (CDU) bittet um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf der CDU- und FDP-Fraktion. Man könnte im Lande Nordrhein-Westfalen sehr viel weiter sein, wenn der einen oder anderen Idee der Oppositionsfraktionen einmal zugestimmt würde.